

Pressemitteilung Juni 2008

## **Diakonie fordert Masterplan Bildung, Betreuung und Erziehung mit integrativem Bildungskonzept für Baden-Württemberg**

**Nach Auffassung der Diakonie Württemberg befindet sich die Bildungspolitik Baden-Württembergs trotz aller Reformbemühungen der Landesregierung in einer Sackgasse. Sie fordert deshalb einen Masterplan Bildung, Betreuung und Erziehung, in dessen Mittelpunkt die grundlegende Neugestaltung der Bildungslandschaft stehen soll. Das Land könne es sich nicht länger leisten im Bildungsbereich Regionalliga zu spielen, sondern müsse den Aufstieg in die Champions League anstreben. Ein integratives Bildungskonzept müsse allen Schülerinnen und Schülern zugutekommen sowie deren Eltern unterstützen und entlasten. Insbesondere sollen Leistungsschwächere gezielt gefördert und die Anzahl höherer Bildungsabschlüsse deutlich ausgebaut werden. Gescheitert ist nach Einschätzung der Diakonie auch das Konzept des ehrenamtlichen Jugendbegleiters. Dieses könne nur ergänzend zur professionellen Ganztagesbegleitung funktionieren.**

Die Diakonie stützt ihre Aussagen auf die vielfältigen Erfahrungen diakonischer Träger in Kindergärten, Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen für Erziehungshilfe und von Bildungsangeboten in der Jugendberufshilfe. Die von der Diakonie vorgeschlagene umfassende Bildungsreform enthält sechs zentrale Forderungen:

Die Einrichtung einer Kommission Bildung, Betreuung und Erziehung zur Ausarbeitung eines Masterplans für Baden-Württemberg, unter Beteiligung von Bildungs- und Jugendhilfeträgern zur Neugestaltung der Bildungslandschaft und Bildungspartnerschaft;

den Aufbau eines integrativen Schulsystems mit Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit aller Schüler und Schülerinnen, Abschaffung der Hauptschule und schrittweise Eingliederung der Sonder- und Förderschulen;

den Ausbau einer professionellen Ganztagesbegleitung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe, unter Einbeziehung von Eltern und ehrenamtlichen Kräften;

die frühzeitige und umfassende individuelle Förderung von leistungsschwachen und sozial-strukturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern sowie die parallele Unterstützung von Eltern aus bildungsfernen Milieus in Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe;

die Einführung kommunaler Bildungskonferenzen zur integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, in Abstimmung von Land, Kreisen, Städten und Gemeinden, unter Beteiligung der Bildungs- und Jugendhilfeträger;

die Garantie eines Ausbildungsplatzangebotes für alle Bewerber/-innen durch Ausbau überbetrieblicher Ausbildung und generelle Förderung assistierter Ausbildungsplätze.

Grundlage der aktuellen politischen Forderungen der Diakonie ist eine Konzeption zur Bildungspartnerschaft von Schule und Jugendhilfe in dem die Bildungsdebatte in Baden-Württemberg aufgenommen und ein integratives Bildungskonzept beschrieben wird. Die darin an Land und Kommunen gerichteten Erwartungen und Forderungen werden abgeleitet aus einem vom christlichen Menschenbild geprägten Bildungsverständnis. Danach hat jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft und Begabung, Anrecht auf einen umfassenden und chancengerechten Zugang zu Bildung und Ausbildung. Gerade sozial benachteiligte und in ihrem Lernverhalten beeinträchtigte Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besondere individuelle Förderung. Und sie haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Gesellschaft.

## **Baden-Württemberg im internationalen Vergleich**

Dieses Recht wird jedoch in Baden-Württemberg weiter mit Füßen getreten.

Eine Reihe internationaler und nationaler Studien hat nachgewiesen, dass wir mit unserem deutschen Bildungssystem nicht nur ein Leistungsproblem haben, insbesondere in der Hauptschule, sondern vor allem ein Gerechtigkeitsproblem. In keinem vergleichbaren Industriestaat besteht ein so enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Schulabschluss. In keinem anderen Bundesland ist die Differenz zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern so groß wie in Baden-Württemberg. Und in kaum einem anderen Land sortiert die Schule so früh aus und verhindert damit gerade auch Bildungserfolge von Kindern aus Migrationsfamilien. Unser Bundesland leistet sich trotz demographischen Wandels noch immer den Luxus, zehn bis zwanzig Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges ins Abseits zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Umsetzung des UN-Kindergipfels verpflichtet, zwischen 2005 und 2010 einen „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ umzusetzen. Darin hat die Bundesregierung es zu ihren vordringlichen Zielen erhoben, das derzeit selektive Bildungssystem umzugestalten und stattdessen die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu rücken. Im von der jetzigen Bundesregierung bestätigten Aktionsplan heißt es, dass Deutschland seine Zukunft gefährde „wenn wir weiter zulassen, dass die soziale Herkunft eines Kindes in dem Maß wie bisher über seinen Bildungserfolg und damit über seine Chancen im Leben entscheidet.“

## **Struktureller Umbau des Bildungssystems erforderlich**

In Baden-Württemberg muss deshalb ein grundlegender struktureller Umbau des Bildungssystems vorgenommen werden. Ziel ist, alle Kinder und Jugendlichen zur Entwicklung ihrer eigenen Lebensperspektiven zu befähigen. Das erfordert verbesserte Bedingungen zur gezielten Förderung sozial benachteiligter und lernschwacher Kinder und Jugendlicher. Und es erfordert qualifizierte, die Eltern unterstützende und entlastende Ganztagesangebote der Bildung, Betreuung und Erziehung.

Dazu müssen Kindergärten, Horte, Schulen und Jugendhilfe als eigenständige und gleichwertige Partner bei der Bildung und Erziehung junger Menschen hochwertig ausgestattet werden. Einrichtungen und Angebote sind so auszugestalten, dass sie zu einer erfolgreichen Förderung und Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in der Lage sind. Ausgrenzung und Selektion müssen weitgehend vermieden oder ausgeschlossen werden. In erster Linie sollen sich nicht die Kinder an die vorhandenen Systeme anpassen, sondern die Einrichtungen und Institutionen an die Bedürfnisse der Kinder.

Ein ganzheitliches Konzept von Bildung, Betreuung und Erziehung kann nur auf der Basis von integrierten Ganztagesangeboten aller Bildungs- und Erziehungsbereiche gelingen. Dies erfordert den gemeinsamen Einsatz und die Zusammenarbeit unterschiedlicher pädagogischer Professionen an allen Bildungsorten. Das bedeutet die Kooperation von Schul- und Sonderpädagogik, von Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen. Die Eltern müssen entsprechend ihrer Fähigkeiten und ihrer Interessen an der Ausgestaltung der Bildungsprozesse partnerschaftlich beteiligt und in ihrem Erziehungsauftrag gestützt werden.

Bildung dient in erster Linie der Entwicklung eigener Fähigkeiten zur Lebensgestaltung, jedoch auch dem förderlichen Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger sowie als Grundlage zur gesellschaftlichen Innovation und Weiterentwicklung. Alle Anstrengungen zu einer Verbesserung der Bildungssituation werden deshalb dadurch beeinträchtigt, dass viele Jugendlichen nach Abschluss ihrer Schulkarriere keine beruflichen Perspektiven haben. Die Verbesserung der Ausbildungsreife und die vertiefte berufliche Orientierung von Jugendlichen müssen deshalb zwingend zu einer Garantie auf einen Ausbildungsplatz für alle Bewerberinnen und Bewerber führen. Das reguläre Lehrstellenangebot der Wirtschaft muss deshalb durch überbetriebliche Ausbildungsplätze und die flächendeckende Einführung assistierter Ausbildung erweitert werden.

## **Diakonie als Vorreiter und Wegbegleiter**

Diakonische und andere kirchliche Einrichtungen leisten zur Verwirklichung eines integrativen Bildungskonzeptes bereits jetzt zukunftsweisende Beiträge. Schulen für Erziehungshilfe diakonischer Träger stellen die Kooperation mit Regelschulen immer stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und versuchen durch individuelle Förderung von Risikoschülern weitere Sonderbeschulungen zu verhindern und integrativen Schulformen den Weg zu bereiten. Wohnortnahe Konzepte mit Außenklassen und Außenstellen sowie Straßenecken-Schulen sind beispielgebend für eine gezielte individuelle und auf Integration ausgerichtete Förderung. Mit ihren verknüpften Ganztagesangeboten von Schule und Erziehungshilfe sind diakonische Träger Vorreiter für einen ganzheitlichen Ansatz von Bildung, Betreuung und Erziehung.

Diakonische Einrichtungen der Jugendhilfe haben ihre Angebote der Tagesgruppen und ambulanten Hilfen zu regionalen Jugendhilfestationen und sozialräumlichen Jugend- und Familienzentren weiterentwickelt. Dabei gibt es vielfältige Formen der Kooperation von Schule und Jugendhilfe mit unterschiedlichsten Konzepten der Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten. Die Bildungsträger der diakonischen Jugendberufshilfe orientieren sich immer mehr weg von isolierten Einzelmaßnahmen hin zu einer Biographie begleitenden Unterstützung junger Menschen. Diese wird meist gerade dann gebraucht, wenn Maßnahmen scheitern oder abgeschlossen sind, ohne dass eine Anschlussperspektive besteht. Alle Angebote diakonischer Jugendberufshilfe zielen auf vertiefte berufliche Orientierung und betriebliche oder betriebsnahe Ausbildung. Die in den letzten Jahren an einigen Standorten geförderte assistierte Ausbildung ist sogar zu einem Markenzeichen diakonischer Bildungsträger geworden.

Auch in Diakonie und Kirche gibt es noch ungenutzte Potentiale für ein integratives Bildungskonzept. Nur ein grundlegender Wandel des Bildungsverständnisses und eine umfassende Reform der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg werden es jedoch ermöglichen, über Modellprojekte und Inseln der Veränderung hinaus wirksam, eine neu verstandene Bildungspartnerschaft mitzugestalten.